

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Wochenblatt des „Vorwärts“. Bezugspreis für
beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat
(daron 67 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus
zahlung. Einzelheft 3,07 M. einschließlich 60 Pf. Postzuschlag
— 75 Pf. Postzuschlag für Fernbestellungen.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Ein einseitige 10 Zeilen 30 Pf.
Reklamsätze 2.— M. Ermäßigungen nach Tarif. Postdruckkosten
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Str. 37/38b. — Der Verlag
behält sich das Recht der Abrechnung nicht geordneter Anzeigen vor.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 7
Telefon: 7001

In der Gackgasse

Das Zentrum beteiligt sich nicht an neuer Regierung — Nazis fordern den Reichskanzler — Kurs auf Reichstagsauflösung und Neuwahlen

Wer wird Brüning's Nachfolger? Es werden viele Namen genannt, aber wer wirklich als Reichskanzler in Aussicht genommen ist, das ist noch nicht erkennbar.

Als das Kabinett Hermann Müller am 27. März 1930 nachmittags zurücktrat, erging am Abend der Ruf an Brüning, am anderen Morgen wurde er beauftragt und begann seine Besprechungen, am 29. März war sein Kabinett fertig — ein auch in persönlicher Hinsicht festgelegter Plan wurde prompt durchgeführt.

Diesmal hat man aber den Eindruck einer gewissen Verlegenheit bei den Arbeitstreibern, es scheint, daß nicht alles so programmäßig läuft, wie sie sich die Entwicklung der Krise vorgestellt haben. Wenn ihnen eine Regierung vorgeschwebt hat, die von den Nationalsozialisten und Hugenberg toleriert wird, so macht ihnen die Haltung der Nationalsozialisten einen Strich durch die Rechnung.

Die Nationalsozialisten fordern: Auflösung des Reichstags, für die Neuwahlen: Aufhebung des SA-Verbots, Aufhebung der Notverordnungen gegen politische Ausschreitungen, Aufhebung des Demonstrationsverbots, mit einem Wort: Wahlen unter Falkenkreuzterror. Dazu selbstverständlich: grundsätzlicher Systemwechsel im Reich und in Preußen.

Unter diesen Umständen erscheint als einziger Ausweg aus der Krise ihre Verschärfung durch die Auflösung des Reichstags. Man hofft in den Kreisen um Hindenburg, die Wahlen bis zum Herbst hinauszuziehen zu können.

Zentrum beteiligt sich nicht.

Es wird immer deutlicher, daß man im Zentrum über den Sturz Brüning's außerordentlich stark verstimmt ist. Man hält nach wie vor im Zentrum an dem bisherigen Kurs fest, der darauf hinausläuft, daß den Nationalsozialisten nicht die Machtpositionen ausgeliefert werden dürfen, die zur Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände notwendig sind. Unter diesem Gesichtspunkt steht man im Zentrum den gegenwärtigen Experimenten im Reich mit der größten Zurückhaltung und Besorgnis gegenüber. Man sieht deshalb auch dem Plan, bald den Reichstag aufzulösen und mitten im Fieberzustand des deutschen Volkes Neuwahlen vorzunehmen, mit großer Besorgnis entgegen.

Der Reichspräsident hat heute die Abgeordneten Kaas und Perlittius von der Zentrumspartei empfangen. Beide haben dem Reichspräsidenten gegenüber scharf zum Ausdruck gebracht, daß das Zentrum gegen alle halben Lösungen in der jetzigen Regierungskrise sei. Das Zentrum werde sich deshalb an der neuen Regierungsbildung nicht beteiligen und die Frage der Tolerierung eines neuen, weiter nach rechts gerichteten Kabinetts durch die Zentrumspartei sei noch vollständig offen. Mit großer Bestimmtheit haben sie sich gegen den Plan einer alsbaldigen Auflösung des Reichstags und der Vornahme von Neuwahlen ausgesprochen.

Es befestigt sich immer mehr der Eindruck, daß der Reichspräsident auf ein Präsidialkabinett lossteuert und daß er immer noch hofft, daß die Nationalsozialisten ein derartiges Kabinett tolerieren würden.

Weitere Empfänge bei Hindenburg.

Der Reichspräsident schloß heute vormittag die Besprechungen mit den Parteiführern fort. Es wurden nacheinander empfangen die Abgg. Kaas und Perlittius für die Zentrumspartei, Hugenberg und Winterfeld für die Deutschnationalen, Dingeldey für die Deutsche Volkspartei, Drewitz und Mollath für die Wirtschaftspartei.

Hitlerbuben bombardieren Polizei

Beim Aufmarsch der Reichswehrwache

Sobald die Ablösung für die Reichswehrwache in der Bendlerstraße unterwegs ist, sammelt sich immer Publikum an, das mitmarschiert. Neuerdings haben die jungen männlichen und weiblichen Nazis daraus ein Sonderergnügen gemacht. Sie benehmen den Marsch der Reichswehr, um die dabei den Verkehr regulierende Polizei zu beschimpfen und zu verhöhnen.

Heute mittag gab es in der Tiergartenstraße gewissermaßen vor den Augen der ausländischen Missionen ein besonders übles Treiben. Tausende von SA-Leuten „in Zivil“ brüllten den Beamten Schimpfworte zu, um die Regierungsfähigkeit ihrer Partei zu beweisen.

Nach den bisherigen Feststellungen sind die Demonstrationen planmäßig inszeniert worden, denn schon von 11 Uhr ab konnte man Trupps von SA-Leuten beobachten, die von allen Seiten der Innenstadt zuspreizten.

Als erste Etappe dieser „Aktion“ war das Ministerium des Innern unter den Linden ausersehen, wo sich etwa 1500 Menschen zusammenballten und Goebbels von seinem Privatwagen aus eine Rede zu halten versuchte. Schon an dieser Stelle mußte die Polizei mit dem Gummiknüppel die Demonstranten auseinander-treiben.

Zu schweren Ausschreitungen kam es einige Zeit später an der Kreuzung Bendler- und Tiergartenstraße, als

nationalsozialistische Demonstranten über mehrere Polizeibeamte herfielen und ein Bombardement mit Pflastersteinen auf die Beamten eröffneten.

Die Polizisten mußten in ihrer Bedrängnis zahlreiche Schreckschüsse abfeuern.

Die Polizei mußte schon in der Straße Alt-Moabit eingreifen, weil aus den Reihen der die Wache begleitenden Nationalsozialisten verbotene Lieder angestimmt wurden. An der Volkstrümpe kam es dann innerhalb der Menge zwischen Anhängern der beiden extremen Richtungen zu Auseinandersetzungen und die Zusammenrottungen waren schließlich so stark,

daß die Gefahr bestand, daß die Wache selbst in ihrem Marsch behindert wurde.

Die Polizei griff ein, mußte aber schließlich vom Gummiknüppel Gebrauch machen und die Menge auseinandertreiben. Ein junges Mädchen wurde im Gedränge dabei am Kopf verletzt und mußte nach der Charité gebracht werden. Später wurden, und zwar im Anschluß an den Zwischenfall mit Dr. Goebbels unter den Linden,

vor dem Reichspräsidentenpalais Demonstrationen von Anhängern der NSDAP,

versteckt und zwei Nationalsozialisten zwangsgestellt.

Nach weiteren Reibereien kam es schließlich an der Ecke der Tiergarten- und Bendlerstraße zu dem ersten Zwischenfall. Nach den polizeilichen Meldungen hatten sich hier etwa 400 bis 500 Nationalsozialisten angesammelt, die der Aufforderung zum Auseinandergehen keine Folge leisteten und gegen die Beamten schließlich eine drohende Haltung einnahmen und sie sogar mit Pflastersteinen bewarfen. Daraufhin gab die Polizei einige Schreckschüsse ab und trieb die Demonstranten mit dem Gummiknüppel auseinander.

Drei Polizeibeamte verletzt.

Ein Mädchen mit Schulterschuß.

Drei Polizeibeamte sind bei den Tumulten durch Steinwürfe und Schläge im Handgemenge verletzt worden. Die polizeilichen Begleitmannschaften haben bis zum letzten größte Zurückhaltung bewahrt, erst als der Führer des Polizeikommandos seinen anderen Ausweg mehr sah, als viele seiner Beamten von der Menge umzingelt waren, gab er den Befehl zum Feuern. Soweit bisher bekannt geworden ist, hat eine 20 Jahre alte Elisabeth Raskke aus der Nettelbeckstraße einen Schulterschuß erhalten. Das Mädchen erhielt in der Sanitätsstube des Reichswehrministeriums erste Hilfe.

Die Pläne Hitlers

Ein Nazireichskanzler soll den Reichstag auflösen

Wie dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger von nationalsozialistischer Seite erklärt wird, nahmen die Besprechungen Adolf Hitlers und Görings mit dem Reichspräsidenten einen befriedigenden Verlauf. Dieser Eindruck bei den nationalsozialistischen Unterhändlern sei darauf zurückzuführen, daß Reichspräsident von Hindenburg sich in dem Gespräch nicht abgeneigt gezeigt habe, einer neuen Reichsregierung die Ermächtigung zur Reichstagsauflösung zu geben. Im übrigen dürfte Hitler erklärt haben, daß für die Nationalsozialisten keine Regierung, wie sie auch immer aussehen möge, tragbar sein würde, die den Charakter einer Kompromißregierung haben würde. Andererseits aber seien die Nationalsozialisten jederzeit bereit, nicht nur die Regierung, sondern die volle Verantwortung zu übernehmen, immer allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichstag neu gewählt werde.

In nationalsozialistischen Kreisen denkt man sich die weitere Entwicklung offenbar so, daß zunächst ein Kabinett unter nationalsozialistischer Führung und unter Beteiligung der Deutschnationalen, vielleicht auch der Deutschen Volkspartei, gebildet werde, das mit einer Regierungserklärung vor den Reichstag trete und diesen dann auflöse.

Die Einberufung des Reichstags würde dann allerdings so verzögert werden müssen, daß die Neuwahlen, die nach Artikel 23 der Reichsverfassung spätestens am 30. Tage nach der Auflösung stattfinden haben, erst nach der Krise, also Mitte

September, vorgenommen werden könnten. Nach Absatz 2 des Artikels 23 müßte der neue Reichstag dann zum erstenmal spätestens am 30. Tage nach der Wahl zusammentreten.

Ein europäisches Unglück . . .

London, 31. Mai.

Der Rücktritt Brüning's steht im Mittelpunkt der Londoner Pressebetrachtungen. Die „Times“ schreibt, schon die Rede Brüning's im Reichstag habe gezeigt, daß er nicht mehr Herr der Lage gewesen sei. Seine Äußerung, daß man sich keine Umstände vorstellen könne, von denen die Wiederaufnahme der Reparationszahlungen abhängen, habe im Gegensatz zur Auffassung der Baseler Sachverständigen gestanden und einer Ansicht Ausdruck gegeben, die eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich gemacht habe. Eine einseitige Ablehnung der früher eingegangenen Verpflichtungen stelle keine Regelung dar und fördere sie auch nicht. Und dennoch seien zu dieser Politik diejenigen jetzt verpflichtet, die den Rücktritt Brüning's erzwungen hätten. Es würde ein europäisches Unglück sein, wenn diese ablehnende und rein verneinende Politik die politische Richtlinie für Deutschland werden würde.

„Daily Herald“ äußert starke Befürchtungen, daß durch die Ereignisse in Deutschland ein Grund für die Vertagung der Bauern Konferenz gefunden würde. Ganz gleich, ob eine deutsche Krise bestehe oder nicht, die Lausanner Konferenz müsse stattfinden.

und man müsse dort vor allem die großen Probleme der Welt erörtern.

„Financial News“ verlangt, daß in Deutschland bald eine Regierung gebildet werde, die einen Vertreter nach Lausanne entsende und eine Politik der Zusammenarbeit durchführen könne.

Börsenhausse geht weiter.

Die Spekulanten hoffen auf Sachwertkäufe.

In der heutigen Börse sind die Aktienurse weiter gestiegen. Die Börsenpetulation hatte einen guten Instinkt für die Preiselastigkeit, mit der Agrarier und Schwerindustrie über den Reichspräsidenten das Brüning-Kabinett gestürzt haben...

Blutrache.

Kommunisten erschließen Hitlerleute, weil Nazis Kommunisten erschossen.

Köln, 31. Mai. (Eigenbericht.) Am Dienstagmorgen gegen 1 Uhr wurden von einer Kundgebung heimkehrende Nationalsozialisten in Hilgen (Kreis Solingen) von Kommunisten beschossen...

Fünf Opfer einer Familientragödie.

Frankfurt a. M., 31. Mai.

Au der Grenze zwischen Wiesbaden und Rüsselsheim wurde der Rüsselsheimer Geschäftsinhaber Ludwig Schmidt zusammen mit seiner Frau und seinen drei Kindern im Alter von acht, fünf und drei Jahren erschossen aufgefunden.

Autos von Wohlfahrtsgebern.

Der Devalve-Scandal / Revisionsberichte ohne Wirkung.

Im Devalve-Prozess wurde heute die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Direktor Möller von der Versicherungsgesellschaft „Evangelische Vorsorge“...

Ueber die Gründe, die im Jahre 1928 zur Trennung zwischen der Hilfskassa und dem ihr angegliederten Bankhaus Rombach & Co. führten, wußte der Zeuge nichts zu bekunden.

Todesprung in die Havel.

Tragischer Selbstmord eines Ausländer-Ehepaares.

In den gestrigen Abendstunden wurde bei Lindwerder an der Havel der tragische Doppelselbstmord eines Ausländer-Ehepaares entdeckt.

Gegen den Rektor der Technischen Hochschule in Braunschweig Professor Dr.-Ing. Otto Schmyh ist das förmliche Dienststrafverfahren mit dem Ziele der Dienststrafe eingeleitet worden.

Fürsorgehölle Waldhof

Prügelerzieher vor Gericht — Latten und Klöben als Erziehungsmittel

Prenzlau, 31. Mai. (Eigenbericht.)

Unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Wittke begann heute morgen vor der Sonderstrassammer des Prenzlauer Landgerichts der Prozeß gegen die sieben Erzieher und Landwirte aus der Fürsorgeanstalt Waldhof bei Templin.

Die Angeklagten werden vom Rechtsanwalt Dr. Schwarzer vertreten, der als Nebenkläger zugelassene Fürsorgezögling Nierenhoff von Rechtsanwalt Dr. Löwenthal als Sachverständiger für die Zöglinge ist Dr. Seelig anwesend.

Als erster wird der angeklagte Erzieher Franke vernommen. Er war ursprünglich Landwirt, hat auch auf seinem Gut junge Leute um sich versammelt, die er sportlich beschäftigt hat...

Das Programm der Sozialisten

Zu Verhandlungen bereit

Paris, 31. Mai. (Eigenbericht.)

Die von dem Sozialistischen Kongreß gewählte Entscheidungskommission, die aus 13 Mitgliedern der Tendenz Léon Blum, 12 Mitgliedern der Tendenz Jzromski-Paul Faure und 14 Mitgliedern der Tendenz Renaudel besteht...

nicht als Mindestbedingungen, sondern als eine Diskussionsbasis betrachtet werden. Mit 22 gegen 14 Stimmen wurde dieser Antrag jedoch abgelehnt.

Das Plenum des Kongresses hat am Schluß seiner Dienstagvormittagsitzung das von Léon Blum ausgearbeitete und von der Entscheidungskommission in der Nacht gebilligte Programm für die Beteiligung der Sozialisten an einer Linksregierung einstimmig angenommen.

Nur wenige sprachen sich für eine erst in der Vormittagsitzung eingebrachte Entscheidung des mit den Kommunisten sympathisierenden äußersten linken Flügels der Partei aus...

Das von Léon Blum aufgestellte Programm lautet: Die Partei ist der Ansicht, daß der Ernst der außen- und innenpolitischen Lage ihr nicht erlaubt, die Angebote, die ihr in bezug auf die Befestigung an der Regierung von der radikalen Partei gemacht werden könnten, abzulehnen.

Wochenendfahrten mit Do X.

Ab Mittwoch Besichtigung.

Am morgigen Mittwoch wird das Dornier-Flugschiff Do X zur allgemeinen Besichtigung freigegeben. Die Besuchszeit ist wochentags von 9-20, Sonntags von 8-20 Uhr.

Auf einer Pressebesichtigung des Do X äußerte sich noch einmal der Konstrukteur des Flugschiffes Dr. Dornier im Restaurant „Rübezahl“ am Müggelsee über die Eigenschaften des ihm anvertrauten Großflugbootes.

der Völker und obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit; massive Herabsetzung der Militärtausgaben...

2. Verbot des Kriegswaffenhandels, sofortige Kontrolle und Rationalisierung der Rüstungsindustrie.

3. Ausgleichung des Budgets durch andere Maßnahmen als durch Verringerung der Sozialausgaben oder der Kredite für den Unterricht und die Landwirtschaft...

4. Schutz der Sparer und Kontrolle der Banken.

5. Verteidigung der landwirtschaftlichen Produktion gegen die Spekulation und die Abfahrtskrise durch Errichtung von Wirtschaftsämtern für Düngemittel und Getreide.

6. Sicherung des Betriebes der Eisenbahn nicht durch Erhöhung der Tarife oder Verringerung der Löhne, sondern durch Organisation eines einheitlichen Staatsbahnetzes...

7. Schaffung eines allgemeinen Versicherungssystems gegen Arbeitslosigkeit und gegen die der Landwirtschaft durch Unwetter verursachten Schäden.

8. Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Verringerung der Löhne gemäß dem Programm des Gewerkschaftsbundes.

9. Allgemeine Amnestie für politische Vergehen.

Dieses Programm setzt eine Mehrheit voraus, die alle Parteien der Reaktion, die bei den Wahlen geschlagen worden sind, ausschließt.

Geheimnisvolle Todesfälle.

Osnabrück, 31. Mai.

Zwei ihrer Ursache nach noch unaufgeklärte Todesfälle ereigneten sich in der Familie eines Heuermannes in Rehringen bei Linde.

Infolge neuer antisemitischer Studententravasse ist die Wiener Universitat bis auf weiteres geschlossen worden.

Indische Blutbilanz. Bei den Zusammenstößen zwischen Hindus und Mohammedanern wurden seit dem 14. Mai 200 Personen getötet und mehr als 2000 verletzt.

